



# MITTAGSPOST

## Sondersitzung Bundestag– Zustimmung für ein drittes Hilfspaket für Griechenland

Datum Übersicht	Ziel- zeit	TDP	Initiativen	SPD Berichterstatterinnen und Berichterstatter
Mittwoch, 19. August 2015				
122.861 Kommunen			1. Regierungserklärung „Stabilitätshilfe zugunsten Griechenlands“ durch BM für Wirtschaft und Energie 2. Antrag des Bundespräsidenten der Forderung „Zusätzliche europäische Unterstützung über Einleitung eines zweiseitigen Dialogs zwischen der Bundesregierung und griechischer Regierung über einen Prozess der Unterstützung durch den Mechanismus of Understanding zwischen der Bundesregierung und dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM)“	1. Carsten Schmalzer Carsten Schmalzer Susanne Mittag Susanne Mittag
			Neuzeitliche Anmeldung	
			Neuzeitliche Abstimmung zum Antrag des BfP	

Die Tagesordnung war so kurz wie sonst nie. Ein großer Teil der Abgeordneten hatte für die Sondersitzung des Deutschen Bundestages auch einen Urlaub im Ausland unterbrochen, um in Berlin präsent zu sein. Bei der Sondersitzung ging es um die Einholung eines zustimmenden Beschlusses des Bundestags für eine Stabilitätshilfe zugunsten Griechenlands nach dem Gesetz zur Beteiligung am Europäischen Stabilitätsmechanismus. (ESM) Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble macht in seiner Regierungserklärung deutlich, dass Griechenland bereits vor der Aufnahme von Verhandlungen im Juli zuvor zurückgesetzte Reformen umgesetzt habe. Allerdings sei es wichtig, dass weiterhin regelmäßige Programmüberprüfungen stattfinden und die Hilfskredite nur in Tranchen und abhängig von diesen Überprüfungen ausgezahlt werden sollen. Alles dient dem Ziel, dass Griechenland wieder wirtschaftlich auf die Beine kommt.



Das vereinbarte Programmvolumen von sorgt dafür, dass Griechenland seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommen kann, d.h. dass die Bevölkerung wieder ihre Banken nutzen kann, der Mittelstand seine Geschäfte darüber abwickeln kann, was bis heute nicht funktioniert. Damit in Griechenland auch wieder Wachstum entstehen kann, sind vor allem strukturelle Reformen wichtig. Griechenland soll in die Lage versetzt werden, ein finanzierbares Sozialsystem zu schaffen. Zum ersten Mal in der griechischen Geschichte soll auch eine soziale Grundversicherung für alle eingeführt werden, eine Maßnahme, für die sich vor allem die europäischen Sozialdemokraten eingesetzt haben. Unser Fraktionsvorsitzender Thomas Oppermann hat in seiner Rede deutlich gemacht, dass das nicht funktionierende Sozialsystem bedeutet, dass vielen Menschen die Frühverrentung droht. In keinem europäischen Land gibt es so viele junge Rentner wie in Griechenland. Mit Blick auf die Landwirtschaft werden die Behörden landwirtschaftliche Produkte besser vermarkten. Landwirtschaftliche Genossenschaften sollen eingeführt werden, doch auch die Erstattung der Verbrauchsteuer auf Dieselkraftstoff für Landwirte wird schrittweise abgeschafft. Auch Steuererleichterungen für Reeder werden aufgehoben, denn als armes Land kann sich der Staat diese Privilegien für Reiche nicht leisten. Durch das Aufbrechen von Monopolen und mehr Wettbewerb kann den Menschen geholfen werden. Die Maßnahmen werden in regelmäßigen Abständen überprüft.

Die namentliche Abstimmung über das dritte Hilfsprogramm für Griechenland ergab folgendes Ergebnis: 585 Abgeordnete waren anwesend davon stimmten mit Ja 454, mit Nein 113, enthalten haben sich 18 Abgeordnete. Ich habe ebenso wie die große Mehrheit der SPD-Bundestagsabgeordneten mit Ja gestimmt. Klar ist allerdings, dass wir allein mit dem dritten Hilfspaket Griechenland nicht retten. Wir schaffen damit die Voraussetzungen dafür, dass Griechenland sich selbst retten kann. Die SPD ist solidarisch mit der griechischen Bevölkerung und unterstützt sie auf dem Weg aus der Krise. Das Programm, das jetzt verabschiedet wurde, ist ausgereift und überprüfbar und es wird der Bevölkerung helfen und das Land stabilisieren. Dem Hilfsprogramm bereits zugestimmt haben u.a. Estland, Österreich und Finnland, außerdem das wirtschaftliche schwache Spanien.

### Zur Lage der Flüchtlinge

Die Lage der Flüchtlinge war neben Griechenland ein intensiv diskutiertes Thema in der Sondersitzung der SPD-Bundestagsfraktion. Es geht darum, eine doppelte Integrationsaufgabe zu leisten. Einerseits sollen die Flüchtlinge gut untergebracht und heimisch werden, andererseits müssen die Ängste gemildert werden, die viele Menschen umtreibt.

Eine unserer zentralen Forderungen ist die, dass der Bund die Kosten für die Unterkünfte übernimmt, um die Kommunen zu entlasten. Wichtig sind außerdem verstärkte Bemühungen im sozialen Wohnungsbau. Bundesbauministerin Barbara Hendriks will die dafür vorgesehenen Mittel verdoppeln, um ganz gezielt Projekte des sozialen Wohnungsbau zu unterstützen. Niedersachsen hat eine Bundesratsinitiative gestartet, die darauf abzielt, hemmende Vorschriften beim Bau oder der Umrüstung von Flüchtlingsunterkünften befristet außer Kraft zu setzen, u.a. dass zeitaufwändige europaweite Ausschreibungen in derartigen Sonderfällen nicht notwendig sind. Die SPD-Bundestagsfraktion unterstützt diesen Vorschlag von Innenminister Boris Pistorius.

Am Sonntag, den 6. September lädt der Bundestag zu einem Tag der Begegnung und der offenen Türen ein. Die Besucher können mit den Abgeordneten vor Ort diskutieren, es gibt zahlreiche Informationen über die und die Abläufe im Parlament. Auch Sitzungsräume, die sonst nicht besucht werden können, stehen offen. Der Tag der Ein- und Ausblicke bietet außerdem ein buntes Musikprogramm, ein Musik Café und spezielle Angebote für Kinder. Öffnungszeiten von 9.00 bis 19.00 Uhr, letzter Einlass 18.00 Uhr, der Eintritt ist frei.



### Lesestoff zum Haushalt

Die erste reguläre Sitzungswoche des Bundestags nach der Sommerpause beginnt am 7. September. In der Woche steht die 1. Lesung des Bundeshaushalts auf der Tagesordnung. Der Haushaltsentwurf für die einzelnen Ressorts bringt gut zwei Kilo auf die Waage und er umfasst mehrere tausend Seiten. Für meine Arbeit relevant ist der Einzelplan sechs für Inneres, außerdem 10 für Landwirtschaft. Bei Innen geht es unter anderem darum, Mittel zur Verfügung zu stellen, um den Personalbedarf bei der Bundespolizei und beim BKA abdecken zu können und die Kriminalitätsbekämpfung zu verbessern.

